



Frankreich:

Lehren aus den »offenen Vorwahlen« der
Parti Socialiste vom 9. und 16. Oktober 2011

LAURENT BOUVET
Oktober 2011

- François Hollande wurde am 16. Oktober in einer von der Parti Socialiste (PS) organisierten Stichwahl mit rund 57 Prozent der Stimmen gegen Martine Aubry, Parteivorsitzende der PS, die 43 Prozent erreichte, zum Präsidentschaftskandidaten der Sozialistischen Partei für 2012 gewählt.
- Für die PS waren die »offenen Vorwahlen« ein Erfolg. Zum ersten Mal in der Geschichte der politischen Parteien Frankreichs fanden derartige Vorwahlen statt. Es ist gelungen, die Anhänger der Linken über den engen Kreis der PS-Parteimitglieder hinaus zu mobilisieren. Dem jetzt gewählten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 wurde dadurch eine große Legitimität verliehen.
- Bis zu den Präsidentschaftswahlen wird sich die PS jedoch mit mehreren Problemen beschäftigen müssen, insbesondere mit der Zusammenführung der verschiedenen Strömungen des französischen Sozialismus. Darüber hinaus muss ein größerer Teil der potenziellen Linkswähler mobilisiert werden. Auch wird die Partei darüber entscheiden müssen, wie künftig Kandidaten ausgewählt werden und welchen Einfluss dies auf die Parteistruktur hat.



François Hollande wurde am 16. Oktober in einer von der Parti Socialiste (PS) organisierten Stichwahl mit rund 57 Prozent der Stimmen gegen Martine Aubry, Parteivorsitzende der PS, die 43 Prozent erreichte, zum Präsidentschaftskandidaten der Sozialistischen Partei für 2012 gewählt.

Knapp 2,8 Millionen Wähler gaben in diesem zweiten Wahlgang ihre Stimme ab (im ersten waren es 2,5 Millionen gewesen). Der große Erfolg dieser in der französischen Geschichte bisher einmaligen Vorwahlen sowie der deutliche Sieg des Kandidaten, hinter den sich sämtliche im ersten Wahlgang ausgeschiedenen Kandidaten (Arnaud Montebourg, Ségolène Royal, Manuel Valls und Jean-Michel Baylet) gestellt hatten, verleiht ihm unanfechtbare Legitimität.

Zwei der drei Ziele der Vorwahlen sind somit erreicht worden: erstens die Anhänger der Linken über den engen Kreis der ca. 150 000 Parteimitglieder hinaus zu mobilisieren und zweitens dem siegreichen Kandidaten von Anfang an eine große Legitimität zu verleihen (im Gegensatz zu dem, was sich 2006 - 2007 mit der damaligen Kandidatin Ségolène Royal abspielte).

Bleibt das dritte und wichtigste Ziel, nämlich durch diese Vorwahlen denjenigen Kandidaten zu bestimmen, der bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Frühjahr die besten Chancen hat, den amtierenden Präsidenten Nicolas Sarkozy zu schlagen. Ist François Hollande, der wie auch Martine Aubry Erbe des Mitterrand-Delors-»Modells« der 1980er und 1990er Jahre ist, dieser Kandidat? Wird er besser abschneiden als Ségolène Royal 2007? Wird es dem Kandidaten der PS gelingen, die einfachen Leute, jenes »peuple de gauche«, für sich zu gewinnen, das der PS seit der Wiederwahl von Mitterrand im Jahre 1988 abtrünnig geworden war?

Erst der Ausgang der Präsidentschaftswahlen im nächsten Mai wird zeigen, ob die Vorwahlen den Hoffnungen, die sie geweckt haben, gerecht werden können.

Ein Verfahren ohne Beispiel im politischen Leben Frankreichs

Es war das erste Mal in der Geschichte der politischen Parteien Frankreichs, dass derartige Vorwahlen stattfanden. Diese »offenen« Primärwahlen, an der sich alle

französischen Wahlberechtigten beteiligen konnten, waren von der PS im Jahr 2009 als Verfahren zur Ernennung des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten verabschiedet worden. Damit sollte die »Führungskrise« überwunden werden, in welche die Partei seit 2002 verstrickt war, als der damalige Premier Lionel Jospin im ersten Präsidentschaftswahlgang gegen Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen ausgeschieden war. 2006 wurde Ségolène Royal mit den Stimmen der regulären Mitglieder sowie der sogenannten »20-Euro-Mitglieder«, die gegen Bezahlung von 20 Euro das Stimmrecht erhielten, ohne sich langfristig für die Partei verpflichten zu müssen, in einer parteiinternen Wahl zur Präsidentschaftskandidatin für 2007 gewählt.

Die Idee einer Vorwahl im Stil der italienischen und allgemeiner der amerikanischen Vorwahlen wurde erstmals von Ségolène Royal geäußert und später von Arnaud Montebourg, den man 2008 mit der Erneuerung der PS beauftragt hatte, übernommen. Ziel war es, die bejahrte Partei mit ihrem festgefahrenen, auf Vetternwirtschaft bauenden Ernennungsmechanismus zu umgehen, um dem Kandidaten die breitestmögliche Legitimität zu verleihen und ihn so zu einem echten *Leader* zu machen. Das Verfahren wurde 2009 vom parteinahen *think tank* Terra Nova ausgearbeitet und bald von der gesamten Partei – selbst von den anfänglichen Skeptikern – übernommen. Dies geschah mit dem Ziel einer Erneuerung der Partei und angesichts des Umstandes, dass sich die parteiinternen Strömungen und die »Barone«, d. h. die namhaften lokalen Mandatsträger nicht auf einen Kandidaten für 2007 einigen konnten. Damals war Dominique Strauss-Kahn, der Anfang 2011 so sehr zum Favoriten geworden war, dass einige die Vorwahlen als pure »Bestätigung« betrachteten (bis zu seiner Verhaftung im Mai 2011), noch nicht im Rennen. Er war eben erst zum Chef des IWF ernannt worden und hatte mit der Wirtschaftskrise ab 2008 alle Hände voll zu tun.

Das Verfahren der Vorwahlen in Frankreich ist dem in Italien ähnlich. Wahlberechtigt waren ursprünglich nur Sympathisanten der Linken, später jedoch alle Wahlberechtigten, die bei Stimmabgaben einen Euro entrichten mussten. Allerdings wurden in Frankreich in Anlehnung an die Präsidentschaftswahlen zwei Wahlgänge durchgeführt, und es konnte weder im Internet, noch brieflich oder per Vollmacht abgestimmt werden. Die leidenschaftlichsten Verfechter der Primärwahlen weisen auch gerne auf das amerikanische Vorbild hin, besonders



auf die Wahlkampagne Barack Obamas, dessen Sieg im Jahr 2008 vielen noch in Erinnerung ist. Olivier Ferrand (Präsident von Terra Nova) und Arnaud Montebourg etwa sind sogar der Meinung, dass Obama seinen Sieg nichts anderem verdankt als... den Primärwahlen!

Ein Erfolg für die PS

Für die PS waren die Vorwahlen ein Erfolg. Die Wähler konnten landesweit mobilisiert werden. Es war das erste Mal, dass sich eine solch große Zahl von Bürgern an einem politischen Ereignis außerhalb der regulären Wahlen beteiligte. Da die Einnahmen aus beiden Wahlgängen sich auf ca. 4,8 Millionen Euro belaufen, wurden die Kosten der Vorwahlen von geschätzten 3,5 Millionen Euro durch die von den Wählern entrichteten Beiträge mehr als gedeckt.

Auch aus der Sicht der Parteimitglieder kann von einem Erfolg gesprochen werden. Die Operation ging ohne nennenswerte Probleme über die Bühne. Für die PS war es ein zweitrangiges aber wichtiges Ziel, ihre Abgeordneten, Parteimitglieder und Anhänger für dieses Großereignis zu mobilisieren. Eine speziell geschaffene und aus unabhängigen Persönlichkeiten bestehende »hohe Instanz« hatte man damit beauftragt, einen reibungslosen Verlauf sicherzustellen.

Auch der Medienerfolg war beträchtlich. Zwischen Anfang September und der Wahl Mitte Oktober waren Fernsehen, Radio und die Politikseiten der Presse fast gänzlich von dem Ereignis beherrscht. Die UMP hat sich über diese unausgewogene Berichterstattung beschwert. Die drei Debatten vor dem ersten Wahlgang und jene vor der Stichwahl erzielten hohe Einschaltquoten. Das Interesse der Öffentlichkeit zeigte sich auch in Umfragen, bei denen sich eine klare Mehrheit der Franzosen für das neue Verfahren aussprach.

Dieser durchschlagende Erfolg könnte Primärwahlen in Frankreich künftig für fast alle Parteien unumgänglich machen.

Ein legitimer Kandidat

Neben einer Mobilisierung von Partei, Anhängern, Linkswählern, Medien und Öffentlichkeit hatten die

Vorwahlen das Ziel, dem siegreichen Kandidaten die größtmögliche Legitimität zu sichern. Auch dieses Ziel ist dank dem deutlichen Sieg von François Hollande erreicht worden. Ein knappes Ergebnis hätte den Erfolg der Vorwahlen sicherlich gemindert.

Der siegreiche Kandidat wird sich nun auf die gesamte Partei stützen und seine Kampagne unter guten Bedingungen führen können – jedenfalls unter besseren als im Jahr 2007, als Kandidatin und Partei nicht aufeinander abgestimmt waren. Damals war François Hollande übrigens Parteivorsitzender und Lebensgefährte von Segolène Royal, der damaligen Präsidentschaftskandidatin.

Diese Legitimität wird sich auch gegenüber den Kandidaten der anderen Parteien, in denen mit Ausnahme der Grünen die Kandidatenkür nicht demokratisch ist, als Vorteil erweisen. In den anderen Parteien wird die Führungsposition jeweils sehr unterschiedlich ermittelt: entweder durch Familienbande (Marine Le Pen, Rechts-extreme Partei), durch den Aufbau einer Partei um die eigene Persönlichkeit (François Bayrou, Mitte-Rechts), durch »interne Ernennung« nach mehr oder weniger transparenten Verfahren (Jean-Luc Mélenchon, Links-extreme Partei) oder ganz einfach dadurch, dass man der amtierende Präsident ist (Nicolas Sarkozy).

Ungelöste Probleme

Organisation und Ablauf der Vorwahlen waren zweifellos ein Erfolg, und die Legitimität des siegreichen Kandidaten ist ebenfalls unbestritten. Doch gewisse Probleme sind weiterhin ungelöst und werden die PS bis zu den Präsidentschaftswahlen beschäftigen. Erst ein Sieg im nächsten Frühjahr würde beweisen, dass die Vorwahlen auch im Hinblick auf ihr eigentliches Ziel ein Erfolg waren, nämlich den besten Kandidaten gegen Nicolas Sarkozy (und in mindermem Maß gegen Marine Le Pen) ausgewählt zu haben.

Erstes Problem: die Vorwahlen haben keine programmatische Kohärenz herstellen können. Die beiden Spitzenkandidaten Martine Aubry und François Hollande stritten oft über technische Details und legten weder eine umfassende Vision noch einen klaren Kurs an den Tag. Dies war den beiden »jungen« Kandidaten, beide unter 50 Jahre alt, vorbehalten: Arnaud Montebourg, klar links (Stichwort: Entglobalisierung) und Manuel Valls, klar



rechts (Stichwort: Sozialliberalismus) von der Parteilinie. Die Fähigkeit zur Synthese, zur Vereinigung von Gegensätzen und zum Zusammenführen der verschiedenen Strömungen des französischen Sozialismus ist immer schon François Hollandes Markenzeichen gewesen. Er hat dies in den Vorwahlen einmal mehr unter Beweis gestellt, insbesondere vor der Stichwahl, als alle ausgedehnten Kandidaten sich hinter ihn stellten. Hollande ist in erster Linie ein Kandidat, der beruhigt. Dies könnte sich als Vorteil erweisen gegen Nicolas Sarkozy, der das Land unter dem Vorwand von Reformen zutiefst destabilisiert hat.

Zweites Problem: Die Vorwahlen haben zwar sehr zahlreich Anhänger der Sozialisten und der Linken mobilisieren können, aber ob dies bereits einen Sieg im nächsten Frühjahr verheißt, ist ungewiss. In Anbetracht der Unbeliebtheit des gegenwärtigen Präsidenten (in Umfragen erreicht er nur noch 30 Prozent Zustimmung!), des Ausmaßes der Wirtschaftskrise, der Ängste der Franzosen und des Argwohns gegenüber der Regierungspartei haben die Vorwahlen eigentlich nur einen kleinen Teil der potenziellen Linkswähler mobilisiert (zum Vergleich: im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen von 2007 erhielt die unterlegene Ségolène Royal rund 17 Millionen Stimmen).

Ein Blick auf die Wähler der Vorwahlen bestätigt dies. Auch wenn es nur wenig Informationen über deren soziale Zusammensetzung gibt, so kann man sagen, dass diese eher der sozialistischen und grünen Stammwählerschaft (mittlere und höhere Gehaltskategorien, vorwiegend im öffentlichen Sektor, höhere Bildung als der Durchschnitt, Ältere, usw.) nahestehen als den unteren Einkommenschichten, die den Urnen oft fernbleiben und seit Jahren auch massiv für Protestparteien stimmen, insbesondere für die rechtsextreme Front National oder für die konservativen Parteien wie im Jahr 2007.

Das Problem der mangelnden »Volksnähe« der Linken wird auch im kommenden Frühjahr hochaktuell sein. Seit der Wahl von François Mitterrand 1981 und 1988 haben die unteren Schichten (Arbeiter und Angestellte sowie Pensionäre aus diesen Erwerbskategorien) in Präsidentschaftswahlen nicht mehr mehrheitlich für die Linke gestimmt. Wo die Linke seither siegreich war, verdankte sie es einer hohen Wahlenthaltung, so z. B. bei den Kommunalwahlen, welche die PS in den vergangenen zehn Jahren stets gewonnen hat.

Drittes Problem: der Wandel der Parteistruktur. Wird die PS als politische Organisation nach den Vorwahlen in ihrer gegenwärtigen Form weiter bestehen können? Dies scheint äußerst ungewiss. Tatsächlich läuft der gegenwärtige Trend darauf hinaus, Parteimitglieder und Abgeordnete um ihr letztes parteiinternes Privileg zu bringen: die Auswahl und die Ernennung von Kandidaten. Der Erfolg der Vorwahlen könnte sich ausbreiten und in eine Anfechtung der Parteiorganisation münden. Die Ausweitung des Auswahlprivilegs auf alle Staatsbürger könnte rasch zu neuen Themen in der politischen Debatte und nicht zuletzt zu einer Erneuerung des politischen Personals führen. So könnte die alteingesessene Hierarchie im sozialistischen Parteiapparat tiefgreifend verändert werden. Die Einführung von Vorwahlen und ihr deutlicher Erfolg in der jüngsten Kampagne um die Präsidentschaftskandidatur haben für die PS die Büchse der Pandora geöffnet. Die alte Partei von Epinay (Ort der »Neugründung« der PS im Jahre 1971 anlässlich der Wahl François Mitterrands zum Parteivorsitzenden) kann nach diesen Vorwahlen wohl endgültig begraben werden. Sie hat sich immerhin 40 Jahre lang halten können.

Viertes Problem: die Vorwahlen bedeuten gewiss auch das Ende der Generation der Erben des Mitterrand-Delors-»Modells«. Diese trat in den 1980er Jahren mit der Machtübernahme der Linken an und hat seither hinter François Mitterrand und später Lionel Jospin die Zügel in der Hand gehalten. Sie hat politisch aus eigenen Kräften nichts gewonnen und nichts erobert, sondern bekam alles auf dem silbernen Tablett serviert, und ihre intellektuelle wie auch politische Bilanz ist zweifellos eine der magersten in der Geschichte des französischen Sozialismus. Sogar die Eroberung der Gebietskörperschaften verdankt sie in erster Linie einer anhaltenden Dezentralisierung, die sie bequem nutzte, ohne sie selbst hervorgebracht zu haben. Ihr trotz einiger taktischer Zugeständnisse in der europäischen Verfassungsdebatte von 2005 kaum gedämpfter, oft naiver Europaeifer sowie ihr trockener bürokratischer Charakter (geformt in der Elitenhochschule ENA, der so viele ihrer Funktionäre entstammen, und aufpoliert in Ministerien und Parteibüros) haben sie vom »peuple de gauche« völlig abgeschnitten. 2012 stellt für diese Beinahe-Senioren somit die letzte Hoffnung dar, zurück ins »Geschäft« zu kommen, ein letztes Mal, und dieses Mal richtig: die Macht innezuhaben, von der sie immer wieder und lange gekostet haben, ohne sie jemals wirklich ausüben zu können, weil sie stets unter der Vormundschaft ihrer



älteren Kollegen und Mentoren standen. Sollten sie scheitern, dann hätten sie ihre Chance endgültig vertan.

Abgesehen von der seit langem erstmals wieder berechtigten Hoffnung auf einen Machtwechsel in Frankreich, liegt hierin die beste Chance der Linken auf Erfolg. Man kann sicher sein, dass diese Generation, die nun von François Hollande vertreten wird, die Möglichkeit, endlich einer der Ihren in den Elysée-Palast zu bringen, nicht erneut sabotieren wird. Dass die Dinge nach einem Sieg reibungslos gehen, ist keineswegs sicher. Aber wenigstens hätte diese Generation damit das erreicht, wozu sie von François Mitterrand, Jacques Delors, Michel Rocard und Lionel Jospin, den Vätern des französischen Sozialismus, bestimmt worden war.



Über den Autor

Laurent Bouvet, Professor für Politikwissenschaften an der Université de Versailles, Direktor des Arbeitskreises „Observatoire de la social-démocratie“ der Stiftung Jean-Jaurès, Paris

Zum Weiterlesen:

Olivier Ferrand, Arnaud Montebourg (2011): Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2012. „Offene Vorwahlen“ der Parti Socialiste eröffnen ein neues demokratisches Zeitalter, <http://library.fes.de/pdf-files/id/07757.pdf>

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
www.fes.de/international/wil | www.fesdc.org

Bestellungen/Kontakt hier:
ID-INFO_WENA@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-934-4